

Rechtsoffene Unübersichtlichkeit „Corona-Proteste“ und Verschwörungsmythen im Regierungsbezirk Münster

Die Maßnahmen, die Bundes- und Landesregierung in den Wochen seit März 2020 zur Eindämmung der Covid19-Pandemie beschlossen haben, haben zu weitgehenden Einschränkungen geführt, die für viele Menschen finanziell und sozial problematisch waren und sind. Die entsprechenden Folgen und jeweils aktuellen Beschlüsse müssen demokratisch diskutiert und immer wieder auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft werden – auch und gerade vor dem Hintergrund einer für alle neuen Situation.

Nach einer ersten Phase breiter Zustimmung zu den Maßnahmen, die gerade aus extrem rechter Perspektive zunächst nicht drastisch genug sein konnten, rufen spätestens seit Ende April aber in vielen Orten auch im Regierungsbezirk ganz unterschiedliche Menschen und Gruppen zum Protest auf – gegen die aus ihrer Sicht völlig überzogenen Maßnahmen, gegen die Regierung und ihre „Hintermänner“, gegen angeblichen Impfwang und gegen Bill Gates und seine Rolle in einer vermuteten geheimen Verschwörung gegen die Bevölkerung.

Diese und andere Deutungen der Krise finden dabei nicht nur in abgeriegelten Messengergruppen Sozialer Medien oder im Rahmen kleiner Kundgebungen statt. Sie finden Eingang in die Diskussionen im Familien- und Freundeskreis, werden in Facebookgruppen gepostet und rege kommentiert und vor dem Supermarkt diskutiert. Das ein oder andere mag schräg klingen, aber da werden ja erstmal nur Fragen gestellt – so heißt es dann häufig.

Welche Fragen das sind, welche Gruppen im nördlichen Ruhrgebiet und im Münsterland auf die Straße gehen und sich digital vernetzen und warum die dort vertretenen Erzählungen eine Herausforderung für die Demokratie sind – darauf versuchen wir mit diesem Analysepapier erste Antworten zu geben und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Zentrale Thesen:

- Die aktuellen Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beziehen sich vordergründig auf die Verteidigung von Grundrechten und Meinungsfreiheit wie auch auf – aus Sicht der Demonstrierenden – gezielte Falschinformationen zum Virus. Dahinter steht aber ein tendenziell nationalistischer Demokratiebegriff in Verbindung mit strukturell antisemitischen Verschwörungsmythen und rechten Weltdeutungen.
- Die Proteste in der Region werden dabei kaum durch Neonazis oder die AfD getragen, sondern von bisher wenig oder gar nicht in Erscheinung getretenen Bürger*innen, die sich meist über den Messenger *Telegram* vernetzen. Diese losen Gruppen bzw. ihre Mitglieder verstehen sich selbst nicht als „rechts“, vertreten und verbreiten aber extrem rechte Erzählungen weit über deren bisherige Reichweite hinaus. Damit werden diese wirkmächtig und verdrängen gerade in den Sozialen Medien andere demokratische Deutungen und Diskussionen der Krise.
- Es entsteht damit nach der Debatte um die Unterbringung von Geflüchteten 2015 erneut eine Situation, in der extrem rechte und demokratiefeindliche Deutungen und Forderungen salonfähig werden. Aktuell können weder die AfD noch neonazistische Gruppen davon profitieren. Vielmehr entwickelt sich eine neue Unübersichtlichkeit, die die Auseinandersetzung und die zivilgesellschaftliche und demokratische (Gegen-) Positionierung erschwert.
- Die demokratische Zivilgesellschaft, aber auch Politik und Verwaltung sind dadurch nicht nur in der aktuellen Situation, sondern längerfristig herausgefordert und müssen Strategien der Auseinandersetzung mit erstarkenden Verschwörungsmythen und rechten Weltdeutungen entwickeln.

1. Protest auf der Straße und im Netz – Wer demonstriert da eigentlich im Regierungsbezirk?

1.1 Münster: YouTube, Verschwörungsmythen und Meditation

In Münster trifft sich seit Ende April jeden Samstag nachmittags nach einer gemeinsamen „Ignorance Meditation“ am Schlossplatz eine Gruppe von Menschen auf dem Domplatz, um dort gegen die Corona-Maßnahmen zu protestieren. Während anfangs noch etwa 70-100 Menschen an der Veranstaltung teilnahmen, hat sich die Zahl der Teilnehmenden mittlerweile auf etwa 50 reduziert. Die Veranstalter*innen organisieren sich in mehreren Telegrammgruppen und orientieren sich u.a. an den „Hygienedemos“ in Berlin.

Wie in anderen Städten ziehen die Proteste auch hier verschiedenste Menschen an: Neben Impfgegner*innen, Verschwörungstheoretiker*innen und Esoteriker*innen, aber auch Menschen, die sich selbst dezidiert als „links“ verstehen, betonen die Veranstalter*innen immer wieder, „nicht rechts und nicht links“ zu sein, was etwa durch Banner mit der Aufschrift „Wir sind alle eins“ unterstrichen wird. Während bekannte Akteur*innen aus dem extrem rechten Spektrum oder der AfD den Versammlungen bisher größtenteils ferngeblieben sind, scheint insbesondere in den Telegrammgruppen die Berührungsangst zu extrem rechten Akteur*innen und Inhalten nicht groß zu sein. In Diskussionen, wer zum deutschen Volk dazugehöre, werden gerne mal – oft unwidersprochen – die *Identitäre Bewegung* oder die extrem rechte Münsteraner YouTuberin Naomi Seibt als Quellen herangezogen. Auch werden in den Gruppen Androhungen körperlicher Gewalt gegenüber Gegendemonstrant*innen sowie kritischen Journalist*innen ausgesprochen, gegen Greta Thunberg gehetzt und frauen- und transfeindliche Inhalte verbreitet. Erst kürzlich wurde eine Chatnachricht zur Anzeige gebracht, in der dazu aufgerufen wurde, mit einem LKW in die zeitgleich stattfindende *Black-Lives-Matter*-Kundgebung hineinzufahren. Die Nachricht blieb größtenteils unwidersprochen, auf den Kundgebungen selbst bedauerten die Teilnehmenden insbesondere, dass sie von Gegendemonstrant*innen „verleumderisch“ in eine rassistische Ecke gestellt würden.

Auch die häufig kritisierten Verschwörungsideologien finden sich in den Münsteraner Protesten wieder: während mitgebrachte Schilder auf Verschwörungsideologen wie Ken Jepsen mit seinem Portal *Ken FM* verweisen, tauchen am Rande der Versammlungen immer wieder mit Straßenkreide gemalte Parolen wie „Gib Gates keine Chance“ oder

„Covid1984“ auf, welche suggerieren, dass die Pandemie absichtlich von einer kleinen Gruppe herbeigeführt worden wäre, um wahlweise finanzielle Nutzen daraus zu schlagen oder eine Diktatur errichten zu wollen. Letzteres findet sich auch auf verschiedenen Bannern in Vergleichen der aktuellen Einschränkungen mit der DDR und dem NS wieder. Felix van Beuse ist – auch aufgrund seines YouTube-Kanals mit regelmäßig wechselndem Namen, auf dem er u.a. auf den Verschwörungsideologen Daniele Ganser verweist – mittlerweile eines der bekanntesten Gesichter der Münsteraner Proteste geworden. Auf der Kundgebung vom 16. Mai setzte er die Teilnehmer*innen der Corona-Demos in eine Linie mit Widerstandskämpfer*innen gegen das NS-Regime. Das Lied „Die Gedanken sind frei“, das bei jeder Kundgebung gemeinsam gesungen wird, verdeutlicht ebenso, in welcher Tradition sich die Teilnehmenden sehen. Die Gleichsetzung relativiert jedoch die Verfolgung und Ermordung zahlreicher Widerstandskämpfer*innen während der NS-Zeit. Eine ähnliche Relativierung der Nazi-Verbrechen findet sich in der Betitelung der aktuellen Situation als „Globales Nazideutschland“. Um die Einschränkungen und Schutzmaßnahmen noch weiter zu delegitimieren, bezeichnet Beuse das Coronavirus als „Grippe“ und propagiert einen gesünderen Lebensstil zur Stärkung des Immunsystems, das das Virus von selbst bekämpfen könne. Die fatalen Auswirkungen der Pandemie insbesondere für Risikogruppen finden in seiner Erzählung kaum Beachtung.

Antisemitismus findet man bei den Protesten in Münster jedoch nicht nur in Verschwörungsideologien und NS-Relativierungen. Björn Wegener, Mitorganisator der Proteste, der auf seinem Blog u.a. auch Verschwörungsmythen zum 11. September 2001 verbreitet, erklärte Israel auf einer Kundgebung zum „rassistischen Apartheitsstaat“. Den eigenen Antisemitismus streiten die Veranstaltenden ab und schlagen vor, sich als „Gegenbeweis“ auf Demonstrationen als orthodoxe Juden zu verkleiden.

1.2 Gelsenkirchen: rechtsoffene Bürgerlichkeit

In Gelsenkirchen ist das öffentliche Gesicht und der Initiator der Proteste Randolph Hopp, Inhaber einer Dekorations- und Eventagentur, der nach eigener Aussage seit Mitte März „rund um die Uhr damit beschäftigt [ist], dieses Verbrechen an der Menschheit, welches wir gerade alles live miterleben, zu beenden.“ Seit dem 3. Mai demonstriert Hopp gemeinsam mit seiner Gruppe *Bürger Stimmen* jeden Samstag in der Gelsenkirchener Innen-

stadt unter dem Titel „Pro- und Contra-Fachmediziner an einen Tisch“, schon seit dem 26. April fährt die Gruppe in einem Autokorso unter dem Motto „Unser Grundgesetz ist kein Toilettenpapier“ durch die Stadt. Dabei werden die mit vielen Deutschland-, aber auch anderen Nationalfahnen geschmückten Autos am Rande der Fahrstrecke regelmäßig begleitet durch einer kleinen Gruppe von winkenden und applaudierenden Aktivist*innen aus dem Umfeld von *Stellt euch quer NRW*. Unter diesem Label sammelt sich seit gut zwei Jahren eine Mischszene aus extrem rechten Akteur*innen mit Verknüpfungen in die Hooligan- und Rockerszene. Mit „Steff van Laak“ tritt ein Gesicht der Gruppe immer wieder deutschlandweit bei extrem rechten Kundgebungen als Rednerin auf, zuletzt in Leverkusen bei einer Veranstaltung der rechten Splittergruppe *Aufbruch Leverkusen* zum Thema „Grundgesetz statt Scharia“ des ehemaligen *Pro NRW*-Vorsitzenden Markus Beisicht, bei der auch der ehemalige AfD-Landesvorsitzende aus Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, auftrat.

Eine Abgrenzung oder klare Distanzierung durch Hopp und die Gruppe *Bürger Stimmen* bleibt bisher, trotz öffentlicher Nachfragen etwa durch das Gelsenkirchener Aktionsbündnis gegen Rassismus und Ausgrenzung, aus – vielmehr bedankt sich Hopp für die Begleitung durch *Stellt euch quer NRW* und teilt ihre Fotos und Beiträge auf seinen Facebookprofilen. Hopp selbst versteht sich dagegen weiterhin als „normaler Bürger“, der bisher nicht politisch in Erscheinung trat und schreibt auf Facebook zu seiner Haltung: „Nicht rechts, nicht links, sondern gemeinsam gegen die Spaltung der Gesellschaft.“ Stolz verkündet er Ende Mai aber auch, dass er „seit 2 Wochen komplett auf öffentlich-rechtliche, zu 95% auf Mainstream-Medien“ verzichte. Diese bezeichnet er weiterhin als „Tri-Tra-Trulala-“, oder „Klopapier-Presse“ und wirft ihnen vor, per se von der Politik durch kluge Manipulation gesteuert zu sein. Er fordert seine Leser*innen auf, auf „unabhängige, freie Presseportale“ zurückzugreifen – und meint damit offenbar vor allem die von ihm geteilten rechtsesoterischen bis verschwörungsideologischen, häufig antisemitisch argumentierenden Akteure wie Ken Jebsen, Heiko Schrang oder das Portal *Anti-Spiegel* des AfD-nahen „Medienkritikers“ Thomas Röper. Die Corona-Pandemie bezeichnet Hopp als „leichte Grippewelle“, der häufig in Angela Merkel oder Jens Spahn personalisierten Politik bescheinigt er Arroganz und Ignoranz im Umgang mit der Meinung renommierter Expert*innen. Dabei beruft er sich teils auf breit diskutierte Papiere, etwa zum Umgang mit Schul- und Kindergartenöffnungen,

die dann aber nur selektiv interpretiert und gelesen werden. Die aktuellen Maßnahmen zu Eindämmung der Pandemie hätten „uns unsere Rechte genommen, unser Selbstbestimmungsrecht, unsere Freiheit“ – in der Folge sieht Hopp sich im Widerstand gegen ein „Menschheitsverbrechen“ und eine drohende Diktatur. Die Selbstwahrnehmung und -inszenierung als „normaler Bürger“, der selbst „gegen Rechts“ einsteht, wird hier beispielhaft durch eine zunehmende Eskalation und ein Abdriften in die Parallelwelt von rechten und antisemitischen Verschwörungsmymen unterlaufen, in der jede Kritik zu einer Bestätigung der eigenen Weltdeutung wird. Seit Anfang Juni ruft Hopp dazu auf, an zentralen Demonstrationen in Düsseldorf teilzunehmen.

1.3 Bocholt: Aus der Mitte rechts abgebogen

In Bocholt werden regelmäßige Spaziergänge und Kundgebungen auf dem zentralen Berliner Platz vor dem lokalen Einkaufszentrum unter anderem von Christoph Nienhaus mit bis zu 100 Teilnehmenden organisiert. Nienhaus setzte sich bislang öffentlich für den Klimaschutz ein und positionierte sich gegen die AfD. Aktuell sieht auch er sich aber im Protest gegen eine „mediale Pandemie“, mit der „der Staat das Grundgesetz in die Tonne tritt“. Dabei bezieht sich Nienhaus auch auf zentrale Akteur*innen der aktuellen rechtsoffenen Proteste – darunter Ken Jebsen oder das verschwörungsideologische Scharniermedium *Rubikon* – und verbindet sie mit seinem digitalen Engagement etwa im Rahmen des *Klimastreiks* am 24. April, indem er die aktuelle Herausforderung durch die Corona-Pandemie gegen den Klimawandel aufwiegt und als „Fliegenschiss“ bezeichnet.

Den Schluss der Bocholter Kundgebungen markieren regelmäßig Meditationsübungen, Nienhaus betont gegenüber der Lokalzeitung, alles solle betont friedlich bleiben. Den Demonstrierenden geht es auch hier um die ihrer Ansicht nach eingeschränkte Meinungsfreiheit, um die Wahrung der „aktuell massiv eingeschränkten“ Grundrechte und eine Spaltung der Bevölkerung, die „durch Angst manipuliert“ werde. Die Teilnehmenden der Demonstrationen vernetzen sich über eine Gruppe und einen Kanal bei *Telegram* mit rund 60 Mitgliedern. Hier werden neben organisatorischen Fragen und Videos der Kundgebungen aber auch einschlägige Inhalte geteilt – etwa Beiträge aus den Telegramkanälen von Eva Herman, von Impfgegner*innen wie der Querfront-Band *Die Bandbreite* und Verschwörungsideologen wie Ken Jebsen, Berichte über den vermeintlichen Zusammenhang von Corona mit dem Ausbau der 5G-Technologie sowie

den angeblichen Machenschaften von Bill Gates. Auch aus dem Kreis Borken werden seit Juni vermehrt größere Demonstrationen wie in Duisburg und Düsseldorf unterstützt, nach wie vor kommt es aber zu Kundgebungen in Bocholt.

1.4 Recklinghausen: diffuse Empörung mit deutlicher Schlagseite

In Herten und Recklinghausen tauchten im April und Mai Flugblätter auf, die in Briefkästen verteilt wurden. Auf den mit „Weckruf“ überschriebenen DIN A4-Blätter wird mit Verweis auf diverse YouTube-Videos Verschwörungsmymen Vorschub geleistet – so sei etwa Bill Gates verantwortlich für eine geplante „Reduzierung der Weltbevölkerung“ und die damit in Verbindung stehende vermutete Impfpflicht. In der Kreisstadt wird zudem unter der Überschrift „Ein Leben in Freiheit, Selbstbestimmung und Frieden“ von unbekanntem Organisator*innen zu einem wöchentlichen „friedlichen Spaziergang“ rund um das Rathaus aufgerufen. Im Text, der in entsprechenden Telegramkanälen geteilt wird, heißt es dann: „Es ist an der Zeit, selbst der Wahrheit auf den Grund zu gehen und zu recherchieren, denn weder Politikern noch Mainstream-Medien ist Glauben zu schenken. Wir werden belogen und betrogen.“ Es habe „nachweislich keine Pandemie durch Covid-19“ gegeben, die „die aktuellen, völlig überzogenen Maßnahmen“ rechtfertige, zudem wolle man „nicht zur Impfung gezwungen“ werden.

Am Rande des Rathausplatzes trat am 9. und 16. Mai ein Straßenmusiker mit seinem Piano in Erscheinung, der sich mit seiner „Musik für Meinungsfreiheit“ für seinen Facebook-Account filmen ließ – auch und gerade bei der sehr emotionalen Diskussion mit den anwesenden Polizeibeamt*innen und seine an die Umstehenden gewandten Statements: er berufe sich auf sein Recht auf freie Meinungsäußerung, fordere Respekt für Andersdenkende und sei gegen eine Impfpflicht. Bei den Anwesenden stieß er damit auf Applaus, wohl auch, weil die nicht angemeldete Kundgebung mehrerer Dutzend Menschen vor dem Rathaus zwischenzeitlich von der Polizei aufgelöst wurde. Auf seiner Facebookseite inszeniert der Musiker sich mittlerweile als Kämpfer gegen die Staatsmacht, die aus seiner Sicht als „CORONA-POLIZEI“ seine Freiheit einschränkt, beruft sich auf Xavier Naidoo, kritisiert die angebliche „Hörigkeit gegenüber Politik und Mainstream-Medien“ und sieht sich selbst als einer der „Aufgewachten“.

2. Warum sind die Proteste problematisch, selbst wenn nur wenige Menschen daran teilnehmen?

Auch in den Kreisen Steinfurt und Warendorf gibt es kleinere Vernetzungen und Treffen/Spaziergänge im öffentlichen Raum. Die Vernetzung findet, wie auch in den anderen Städten im Regierungsbezirk, vor allem über entsprechende Telegramgruppen mit zwischen zehn und knapp 50 Mitgliedern statt.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Organisator*innen und Teilnehmenden am Protest in den verschiedenen Städten wird in all diesen Gruppen deutlich, dass die aktiv schreibenden Gruppenmitglieder sich nicht als „rechts“ verstehen und sich vordergründig gegen (Neo)Nazis abgrenzen. Sie sind offenbar bisher wenig politisch aktiv gewesen bzw. in Erscheinung getreten, fühlen sich aber aktuell im Widerstand gegen herrschendes Unrecht und sehen sich von den „Mainstreammedien“ und „der Politik“ belogen und getäuscht. Ihre Fragen zur Sinnhaftigkeit und Verhältnismäßigkeit der aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie führen aber nicht zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit der Situation, sondern befeuern vielmehr die mutmaßlich schon vor ihrem aktuellen Engagement einfachen Deutungsmuster und das Gefühl, nicht die ganze Wahrheit zu kennen. In ihrer Kritik beziehen sie sich fast durchgehend auf „alternative“ und damit extrem rechte, rechtspopulistische und -esoterische Medien, nehmen wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Diskussionsprozesse nur sehr selektiv wahr und beziehen sich in der Folge auf Verschwörungsmymen und strukturell antisemitische Erzählungen. Sie sind dadurch eher offen für extrem rechte Deutungsmuster der Krise und nutzen häufig eine selbsterhöhende Erzählung von „Aufgewachten“, die die Logik hinter allem erkennen, und „Schlafschafen“, die nicht erkennen wollen oder können, weil sie manipuliert werden.

Selbst wenn nur wenige Menschen im Regierungsbezirk an den Corona-Protesten teilnehmen, werden die verschwörungsideologischen Welterklärungen, die vor dem Hintergrund der durch die Corona-Pandemie bedingten gesellschaftlichen Verunsicherung entstehen, massentauglich. In den Teilbereichen der Sozialen Medien haben sie große Präsenz, werden häufig geteilt und bekommen deutliche Zustimmung. Vor allem der Vernetzung und Diskussion über den Messengerdienst *Telegram*, der durch unterschiedliche, reichweitenstarke Kanäle schnell verschwörungsideologische Inhalte und raunendes Halbwissen verfügbar

macht, kommt hierbei im gesamten Regierungsbezirk eine große Bedeutung zu. Insbesondere Menschen, die mit den aktuellen Unsicherheiten schwer umgehen können, scheinen gern das Angebot von klaren Antworten und Verantwortlichen für die Situation, die verschwörungsideologische Erzählungen benennen, anzunehmen. Grundsätzlich ist dies kein neues Phänomen. Aktuell suchen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft alle gleichermaßen nach Antworten und dem richtigen Umgang mit der Pandemie. Diese Antworten sind zu meist jedoch nicht definitiv und abschließend, sondern gelten unter Vorbehalt. Unter diesem Umstand gepaart mit der existenziellen Verunsicherung, die viele Leute spüren, finden diese vereinfachten Erzählungen merklich mehr Resonanz als zuvor. Auch bei den Protesten in Münster tauchen immer wieder antisemitische verschwörungsideologische Erzählungen. Hier ist insbesondere die unter Impfgegner*innen viel kursierende Theorie von Bill Gates als „böser Macht“, der den Corona-Virus als Entwicklung in Auftrag gegeben haben soll, um dann wiederum den Impfstoff dazu zu entwickeln, und aus finanzieller Gier die gesamte Menschheit „zwangsimpfen“ zu lassen, sehr virulent.

Besonders problematisch erscheint das Demokratie- und Politikverständnis, das in vielen Redebeiträgen oder schriftlichen Beiträgen im Zuge der „Corona-Proteste“ deutlich wird. So wird zum Beispiel auch bei den Protesten in Münster immer wieder die Losung „Wir sind alle eins“ laut. Diese lässt alle Unterschiede in den Bedürfnissen und den Möglichkeiten zur Teilhabe innerhalb einer Gesellschaft verschwinden, denn sie suggeriert, dass sich alle Meinungen, Glaubenssätze oder Positionen auf Grundlage eines scheinbar allen zugänglichen „gesunden Menschenverstands“ bilden. In dieser Vorstellung von Gesellschaft wird letztlich jeglicher politischer Aushandlungsprozess oder demokratischer Streit überflüssig. Denn solange „die da oben“ (z.B. Politiker*innen oder die Regierung) das tun, was für die einzelne Person, welche gerade spricht, und ihr persönliches Wohlbefinden das Beste zu sein scheint, funktioniert der demokratische Prozess. Dieses Demokratieverständnis verkennt aber, dass der politische Prozess eine Aushandlung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und ihrer Interessen beinhaltet und sich nicht in einem luftleeren Raum, sondern vor dem Hintergrund gesellschaftlich ausgehandelter Werte, die z.B. in Grundgesetz und Menschenrechten festgeschrieben sind, stattfindet. Das zeigt sich u.a. daran, dass Kategorien wie Minderheitenschutz und die gerade in Zeiten der Coronakrise

viel diskutierte gesellschaftliche Solidarität mit Risikogruppen oder Menschen, die weniger privilegierte Positionen in der Gesellschaft innehaben, unerwähnt und unbedacht bleiben. Ebenso werden komplexe gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die Ungleichwertigkeitsvorstellungen wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homofeindlichkeit u.a. strukturell und individuell verankern, ausgeblendet und somit nur verfestigt.

Ein weiterer Begriff, der virulent genutzt wird, ist der Begriff der Meinungsfreiheit. Hier wird die Nähe zu rechtspopulistischen Kommunikationsstrategien deutlich, denn auch hier geht es häufig in erster Linie darum, die eigene Meinung ohne Widerspruch in die Welt stellen zu können. Auf der einen Seite verweisen die Redner*innen immer wieder darauf, die Maßnahmen lediglich „kritisch hinterfragen“ zu wollen. Bei ihrer eigenen Haltung handelt es sich jedoch aus ihrer Perspektive ohnehin bereits um die Wahrheit bedarf daher keiner demokratischen Diskussionen mehr. Wie so häufig verwechseln die Akteur*innen Meinungs- mit Widerspruchsfreiheit. Das führt auch dazu, dass auf den Protestkundgebungen ungeachtet aller öffentlicher Meinungen, Einschätzungen und Diskussionen zur Corona-Pandemie und den Schutzmaßnahmen sowie ungeachtet der Tatsache, dass man gerade auf der Straße steht und demonstriert, behauptet, man lebe derzeit in einer Diktatur. Dies gipfelt dann häufig in NS-relativierenden Aussagen, in denen die aktuelle Situation mit dem Beginn des Nationalsozialismus verglichen wird und man sich selbst in der Tradition der Widerstandsgruppen sieht. Felix Beuse führt dies gern auch mit Referenz auf einen Zeitzeugen aus, den er vor kurzer Zeit getroffen habe.

3. Grundmuster verschwörungstheoretischer Erzählungen

Der hier vorgenommene Streifzug durch den Regierungsbezirk Münster zu den Schauplätzen und Protagonist*innen der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, offenbart ein breites durchaus heterogenes Spektrum an Akteur*innen und Aktionsformen, die vom schwarz-rot-golden beflaggten Autokorso über öffentlich-demonstratives „Meditieren“ bis hin zum gemeinsamen Absingen historisch aufgeladener Freiheits- und Bürgerrechtslieder reichen. Doch bei allen Unterschieden im Hinblick auf die geschilderten Inszenierungspraktiken, liegen den Protesten im Kern gemeinsame Narrative zugrunde, die hier, wie auch schon in anderen

kürzlich veröffentlichten Einschätzungen¹, als verschwörungsideologisch beschrieben werden. Der in politischen und medialen Diskursen häufig unreflektierte Gebrauch der Termini „Verschwörungstheorie“, „Verschwörungsideologie“ oder auch „Verschwörungsmymen“, die vielfach in delegitimierender Absicht verwendet werden, macht es gleichwohl notwendig den Begriff genauer zu definieren, um ihn tatsächlich analytisch nutzbar zu machen. Welche weltanschaulichen Grundpositionen, Erzählmuster und dramaturgischen Elemente sind also kennzeichnend für Verschwörungsideologien?

Zentral für „Verschwörungstheorien“ sei, urteilt der Amerikanist Michael Butter, die Behauptung, „dass eine im Geheimen operierende Gruppe, nämlich die Verschwörer, aus niederen Beweggründen versucht, eine Institution, ein Land oder gar die ganze Welt zu kontrollieren oder zu zerstören.“ An diesen Definitionsvorschlag lassen sich fünf Merkmale knüpfen, die für Verschwörungsideologien im Allgemeinen charakteristisch sind und in unterschiedlichen Akzentuierungen auch die hier beschriebenen aktuellen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen prägen.

Erstens sind Verschwörungsideologien durch ein **binäres Weltbild** gekennzeichnet, das durch ein striktes „Gut“-„Böse“-Raster strukturiert ist und dem ein klares „Freund-Feind“-Denken zugrunde liegt. Ausgeblendet bleiben hingegen gesellschaftliche, politische und kulturelle Ambivalenzen, Interessenidentitäten und -konflikte, die sich nicht in die dichotome Logik von „Wir“ und „Sie“-Gruppen einfügen lassen. Das „Böse“ firmiert in Verschwörungsideologien gleichsam als das „absolut Böse“, dessen Protagonist*innen nicht nur kurzfristige politische oder materielle Ziele verfolgen, sondern planvoll, teilweise über einen längeren Zeitraum hinweg umfassende und unkontrollierbare Machtpositionen anstreben.

Sprachlich und visuell wird das „Böse“ nicht selten in apokalyptischer Rhetorik geschildert und durch die Figur des „Satans“ bzw. Lucifers personifiziert. Bei den aktuellen Corona-Protesten sind es vor allem Bill Gates, aber auch der amerikanische Finan-

zinverstor George Soros, die in den Fokus entsprechender diabolischer Projektionen rücken. Häufig bleibt die Beschreibung der Akteur*innen des „Bösen“ jedoch abstrakt, etwa dann, wenn diffus von den „Globalisten“, „One-World-Fetischisten“ oder den Vertreter*innen einer „New World Order“ die Rede ist.

Ähnlich abstrakt bleibt aber auch jene Gruppe, die im Rahmen des binären Weltbildes als die „Guten“ firmieren. Im Zweifelsfall sind dies freilich die Akteur*innen, die die vermeintlichen Verschwörungen und deren Drahtzieher*innen identifiziert haben – und sich nun beispielsweise an den Protestaktionen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen beteiligen. Da es hier, wie auch bei anderen verschwörungsideologischen Mobilisierungen um ein scheinbar existentielles Ringen zwischen „Gut“ und „Böse“ geht, erscheinen in dieser Sichtweise weltanschauliche Trennlinien, etwa zwischen „links“ und „rechts“ als zu vernachlässigende Kategorien, was nicht nur häufig zu einer Indifferenz gegenüber extrem rechten Akteur*innen führt, sondern mehr noch den undemokratischen Vergemeinschaftspostulaten extrem rechter Politikentwürfe geradezu Vorschub leistet.

Zweitens sind Verschwörungsideologien durch ein **mechanistisches und intentionales Menschen- und Geschichtsbild** gekennzeichnet. Aus der Perspektive verschwörungsideologischer Erzählungen ergeben sich gesellschaftliche, ökonomische und politische Entwicklungen aus den ebenso planvollen wie konspirativen Intentionen ihrer vermeintlichen Urheber*innen. Der Verlauf der Geschichte ist also in dieser Sichtweise ganz wesentlich dadurch geprägt, dass die jeweils als „Verschwörer*innen“ identifizierte Gruppe ihre mithin als „verbrecherisch“ deklarierten Vorhaben stringent – teilweise über einen Zeitraum von mehreren Jahren oder Jahrzehnten hinweg – in die Tat umzusetzen versuchen. Unvorhergesehene Ereignisse, Zufälle, aber auch die Existenz anderer machtvoller, womöglich konkurrierender Akteur*innen – ob klandestin agierend oder nicht – spielen in verschwörungsideologischen Narrativen keine nennenswerte Rolle. Gesellschaftliche Gruppen und soziale Bewegungen „von unten“ als geschichtsmächtige Akteur*innen tauchen in dieser Logik

¹ Vgl. „Antisemitismus bei Corona-Demonstranten“, Arbeitsgemeinschaft Münster der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) e.V. gemeinsam mit dem Jungen Forum der DIG Münster sowie der Jüdischen Gemeinde Münster, 25.5.2020, online unter <https://muenster.deutsch-israelische-gesellschaft.de/aktuelles> und „Falsche Freundinnen, ver-

kehrte Forderungen und zwielichtige Versprechungen: Hygienedemonstrationen“, Antifaschistische Linke Münster, 22.5.2020, online unter <https://www.facebook.com/notes/antifaschistische-linke-muenster/falsche-freundinnen-verkehrte-forderungen-und-zwielichtige-versprechen-hygiene/2987766927986237/>

kaum auf. „Geschichte“ vollzieht sich gleichsam hinter dem Rücken der Menschen und ist das Werk einzelner (meist männlicher) Personen und Verschwörergruppen.

Ganz davon abgesehen, dass ein derart konzipiertes Menschen- und Geschichtsbild in seiner mechanistischen und intentionalen Ausrichtung schlichtweg nicht einer empirisch überprüfaren Realität entspricht, da gesellschaftliche Entwicklungen und historische Prozesse in ihren Komplexitäten nur bedingt planbar sind, erweist sich diese Perspektive als im Kern undemokratisch und autoritär, da Menschen und gesellschaftliche Gruppen nicht als Deutungs- und Geschichtsmächtige Akteur*innen, sondern vorwiegend als „Schachfiguren“ oder Objekte wahrgenommen werden.

An diese Feststellung anknüpfend, weisen Verschwörungsideologien drittens stark **elitäre Züge** auf, die freilich in deutlichem Widerspruch zu den bürgerrechtsbewegten Selbstinszenierungspraktiken und den vermeintlichen Demokratie-Postulaten stehen, die aktuell auf den hier beschriebenen Protesten gegen die Anti-Corona-Maßnahmen zu vernehmen sind. Denn als handlungsmächtig erscheinen in der Dramaturgie dieser Erzählungen lediglich jene, die die mutmaßlichen Verschwörungspläne bzw. deren Urheber*innen aufgedeckt und identifiziert haben. Sie firmieren gleichsam als „Gegenelite“, die in allein in der Lage sei, dem „Bösen“ die Stirn zu bieten, während sich der größte Teil der Bevölkerung lethargisch in sein Schicksal füge. Dementsprechend wird das in verschwörungsideologischen Erzählungen ständig beschworene „Volk“ einerseits in einen Gegensatz zu den „Herrschenden“ gesetzt, gleichzeitig aber als träge und manipulierte Masse von „Sklaven“ und „Schlafschafen“ beschrieben.

Die bei den Protestveranstaltungen der letzten Wochen vielfach zu beobachtende enthusiastische Begeisterung für Ken Jebsen, Attila Hildmann, Xavier Naidoo und andere Wortführer*innen gegen die Anti-Corona-Maßnahmen, um die sich ein regelrechter Star-Kult herausgebildet hat, unterstreicht die im Kern elitäre Ausrichtung der Proteste und der ihnen zu Grunde liegenden Narrative, die trotz vordergründiger Bezugnahmen auf das Grundgesetz und einer eklektizistischen Aneignung von Versatzstücken aus dem Repertoire verschiedener historischer Demokratie- und Bürgerrechtsbewegungen, kaum darauf abheben den Begriff der Demokratie tatsächlich inhaltlich zu füllen. Verschwörungsideologische Erzählungen konzipieren Demokratie nicht als eine „soziale Praxis“, son-

dern als leere bzw. entleerte Worthülle. „Partizipation“ erschöpft sich in diesem Verständnis allenfalls auf „Akklamation“, also demonstrativer Zustimmung zu den (ressentimentgeladenen) Verlautbarungen einer selbsternannten „Gegenelite“.

Viertens stellen Verschwörungsideologien **hermetische Erzählungen** dar. Sie zielen nicht darauf ab, gesellschaftliche und politische Missstände, Ungerechtigkeiten, illegitime Machtstrukturen oder Herrschaftsverhältnisse zu analysieren, zu hinterfragen, zu kritisieren und im Anschluss daran Schlussfolgerungen zu ziehen, Lösungsmöglichkeiten oder Alternativen aufzuzeigen und zur Diskussion zu stellen. Vielmehr funktionieren verschwörungsideologische Narrative von ihrem Ende her. Oder anders formuliert: Das „Böse“ steht in der Dramaturgie von Verschwörungsideologien von vornherein fest. Alle weiteren Facetten und Details der Erzählung dienen lediglich dazu, die zentrale Behauptung zu belegen. Ein Verfahren, das notwendigerweise zu einem äußerst selektiven Gebrauch von Quellen und Belegen führt, die notorisch entkontextualisiert, verkürzt und verzerrt wiedergegeben und nicht selten gänzlich gefälscht oder erfunden werden.

Häufig verweisen Verschwörungsideolog*innen auch auf die Existenz geheimer oder unter Verschluss gehaltener Dokumente, die, so insistieren sie, wären sie frei zugänglich, ihre Thesen stützen würden. Oftmals werden hermetische Erzählungen in vermeintlich wissenschaftlichem Gestus präsentiert, in dem mutmaßliche Expert*innen – bevorzugt mit hohen akademischen Titeln – ins Feld geführt werden, die den Verlautbarungen eine seriöse Aura verleihen sollen. Deren wissenschaftliche Qualifikation liegt indessen häufig gar nicht in dem Themenfeld zu dem sie sich im Kontext der verschwörungsideologischen Erzählung äußern. An entsprechenden wissenschaftlichen Diskursen nehmen die von Verschwörungsideolog*innen zitierten „Expert*innen“ somit in der Regel nicht Teil – ein Umstand der wiederum problemlos in das verschwörungsideologische Narrativ integriert werden kann, durch die Behauptung in der „etablierten“ Wissenschaft, würden „dissidente“ oder abweichende Meinungen ausgegrenzt.

Ein fünftes Charakteristikum verschwörungsideologischer Erzählungen besteht somit darin, dass sie sich als faktisch **unwiderlegbar** darstellen. Gegenläufige Auffassungen oder offenkundige Widersprüche werden ignoriert. Quellen, die eine grundlegend andere oder differenzierte Perspektive eröffnen würden, werden häufig als manipuliert dargestellt.

4. Was haben extrem rechte Akteur*innen und die AfD mit den Protesten zu tun?

Akteur*innen aus unterschiedlichsten Strömungen der extremen Rechten können nahtlos an diese Erzählungen, Demokratie- und Politikverständnisse anschließen, denn nicht zuletzt werden hier Merkmale rechtspopulistischer Kommunikationsstrategien reproduziert. Politische Inhalte werden emotionalisiert und so jeder faktenbasierten Diskussion entzogen. Es wird eine gesellschaftlich eindimensionale Polarität zwischen einem homogenen „Wir“ und einem elitären „Die, da oben“ suggeriert.

Insgesamt können rechte Akteur*innen in der Corona-Krise ihre Kommunikations- und politischen Strategien beibehalten: Sie knüpfen an Unsicherungen in der Gesellschaft an, profilieren sich als Tabubrechende und versuchen auf Grundlage von Desinformationskampagnen vordergründig die Regierung, im Grunde aber demokratische Errungenschaften wie den Minderheitenschutz und die Gewaltenteilung zu delegitimieren.

Wenn auch, wie in Münster, Gelsenkirchen oder Bocholt Akteur*innen aus der extremen Rechten so gut wie gar nicht auf den Protesten vertreten und nicht in die Vorbereitung derselben eingebunden sind, so bereiten die Organisator*innen und Teilnehmenden doch gesamtgesellschaftliche Anknüpfungspunkte für rechte Akteur*innen. Auch wenn die „Bewegung“ bisher recht heterogen auftritt, so herrschen doch Welterklärungsmodelle und Politikansätze vor, die anderweitig vor allem in der extremen Rechten Anklang finden und genutzt werden. Das zeigt sich auch in der bei der Neuen Rechten beliebte rhetorisch-strategische Selbstverortung „weder links noch rechts“ zu sein, welche insbesondere eine eindeutige Abgrenzung zu Ideologien und Personenkreisen der extremen Rechten irrelevant macht.

Im Gegensatz zu den sich in den letzten beiden Jahren herausbildenden rechten Mischszenen aus Reichs- und Wutbürger*innen, Hooligans und Rockern, scheinen gerade neonazistische Gruppen und Parteien, die im Regierungsbezirk und in NRW aktiv sind, allerdings bisher keine maßgebliche Wirkung über ihre eigenen Kreise hinweg zu entfalten. Die NPD besetzt auch in der Krise ihre bisherigen Themen zwischen plumpen Rassismus und „Heimatschutz“, entdeckt aber auch plötzlich die Verfassung für sich und fordert „Grundgesetz statt Corona-Diktatur“ – offenbar ohne damit neue Kreise ansprechen zu können. Bei der Partei *Die Rechte*, in der bis heute die Kader der 2012 verbo-

tenen Neonazis-Kameradschaften aktiv sind, ist abgesehen von einzelnen Auftritten von Aktivist*innen am Rande von Kundgebungen, etwa in Dortmund, ein strategischer Versuch, die Proteste für die eigene Agenda zu nutzen, bisher nicht zu erkennen. Auch die neonazistische Splitterpartei *Der III. Weg* oder die *Identitäre Bewegung* sind bisher in der Region nicht auf der Straße in Erscheinung getreten. Letztere spielen, vor allem vertreten durch ihr „Gesicht“ Martin Sellner, allenfalls im Rahmen der Verbreitung von Verschwörungsmythen über Telegrammgruppen auch in der Region eine Rolle – vereinzelt werden entsprechende Videos in den Gruppen und Kanälen weitergeleitet.

Auch die AfD konnte im Regierungsbezirk bisher die Proteste noch nicht für sich nutzen, sind sich die verschiedenen Protagonist*innen innerhalb der Partei auch im Regierungsbezirk noch längst nicht einig in der Einschätzung der Krise, der gefassten Maßnahmen und ihrer Folgen. Mittlerweile kristallisiert sich heraus, dass die AfD auch in der Region zwar versucht, an die Proteste anzuknüpfen, sie aber in der Regel nicht direkt bewirbt oder offen auftritt. Inhaltlich werden vor allem die Unterstützung anderer EU-Länder, die Öffnung der Grenzen und die damit vermutete Zunahme von Asylant*innen sowie das Krisenmanagement von Bundes- und Landesregierung, personalisiert durch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Armin Laschet, skandalisiert. Bei den Protesten auf der Straße, aber auch in der Vernetzung über Soziale Medien bleibt die AfD im Regierungsbezirk mit wenigen Ausnahmen eine Randerscheinung. Sie kann die Proteste bisher nicht für sich nutzen, zudem fehlt der Partei und ihren Vertreter*innen offenbar eine strategische Idee für den weiteren Umgang mit der Krise.

5. Und jetzt? – Was tun?

Die aktuellen Proteste sind lokal sehr unterschiedlich ausgeprägt und entwickeln sich dynamisch. Deutlich wird bei näherer Betrachtung, dass sie in der Regel auf einer Vernetzung (und inhaltlichen Zuspitzung) über Messenger-Apps beruhen, nicht maßgeblich von bisher bekannten extrem rechten Akteur*innen organisiert werden, aber Verschwörungsmythologische, antisemitische und demokratiefeindliche Inhalte und Erzählungen weit über extrem rechte Filterblasen hinweg anknüpfbar machen und etablieren. Dies ist auch in den Anfragen bei der Mobilen Beratung wahrnehmbar, in denen immer wieder beschrieben wird, dass entsprechende Inhalte und Einstellungen bei Familienmitgliedern, in Alltagsgesprächen, am Gartenzaun und

auf dem Schulhof teils deutlich und lautstark vertreten werden. Darüber hinaus finden gerade in jenen Stadtteilen, wo Demokratie subjektiv wenig wahrnehmbar ist und Medien und Politik wenig Vertrauen entgegengebracht wird, einfache Erzählungen und Schulzuschreibungen schnelle Verbreitung finden und Verhaltensregeln wenig Akzeptanz haben oder schlicht nicht bekannt sind.

Dies stellt die demokratische Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen und wird vermutlich längerfristige und mehrdimensionale Strategien der Bearbeitung notwendig machen. Es ist sicher zu früh, hier genaue Antworten zu geben. Trotzdem sollen die folgenden Punkte einen Beitrag für die weitere Beschäftigung mit den Protesten, den damit verbundenen Erzählungen und ihrer Wirkung leisten:

- Eine demokratische Debatte über die Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen und Einschränkungen ist richtig und wichtig. Dafür braucht es Räume und Formate, in denen legitime und notwendige Kritik und Diskussion stattfinden können. Aktuell mangelt es auch aufgrund der aufgrund der Einschränkungen temporären Schwäche der demokratischen Zivilgesellschaft an solchen Möglichkeiten für Menschen, die ihrem Protest Ausdruck verleihen möchten, ohne auf rechte Weltdeutungen zurück zu greifen.
- Solche Gesprächsformate dürfen aber keine Echokammern für Verschwörungsmythen, Schuldzuschreibungen und ausgrenzende Deutungen der Krise sein. Es braucht vielmehr eine klare Abgrenzung von solchen Erzählungen und Akteur*innen mit Verweis auf die eigenen Werte und Haltungen.
- Es gilt also, Fehler aus der emotionalen Debatte um die Unterbringung von Geflüchteten seit 2015 nicht zu wiederholen. Illegitime, verschwörungsideologische, antisemitische, rassistische oder demokratiefeindliche Positionen müssen auch dann nicht öffentlich verstärkt oder auf Podien gehoben werden, wenn sie regelmäßig und laut in der Öffentlichkeit geäu-

bert werden. Vielmehr sollte es nun darum gehen, wessen Ängste (wieder) nicht gehört werden, welche Stimmen (wieder) verstummen und wem Solidarität entgegen gebracht wird.

- Dazu gehört, möglichst schnell wieder Möglichkeiten für Beratung und Unterstützung für Betroffene von Antisemitismus, Rassismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen, aber auch Gewalt etwa innerhalb der Familie, möglichst einfach zugänglich zu machen. Dies ist gerade jetzt wichtig, wo viele zivilgesellschaftliche und private Unterstützungsnetzwerke aufgrund der Kontaktbeschränkungen und Infektionsschutzmaßnahmen weggebrochen sind.
- Politische und behördliche Entscheidungen sollten gerade in der aktuellen Situation transparent kommuniziert und nachvollziehbar sein, um Vertrauenskrisen unterschiedlichen Milieus nicht zu befeuern. Dies gilt gerade im weiteren Verlauf der Pandemie, in dem die Verantwortung für Einschränkungen bei den regionalen Behörden liegt, auch für die lokale und regionale Ebene. Zudem braucht es Überlegungen, wie die Entscheidungen und Maßnahmen auch in Stadtteilen und Milieus transportiert werden können, in denen weder die Tageszeitung noch die behördliche Bekanntmachung als vertrauensvolles Medium gelesen werden.
- Es muss also gerade dort, wo die Gesellschaft und die demokratischen Institutionen sich zurückziehen, aktuell mehr mit den Menschen geredet und sie bestenfalls eingebunden werden. Dazu gehört schon mittelfristig auch die Einbindung von (Fach-) Netzwerken, Stadtteilinitiativen, Sozialarbeit, Schulen, Kindergärten und anderen Bildungseinrichtungen. Dies setzt grundsätzlich voraus, dass die Verbreitung von Verschwörungsmythen und rechten Weltdeutungen nicht als Problem einiger weniger, lauter und „schräger“ Protestakteur*innen gesehen, sondern als Herausforderung für das demokratische Zusammenleben erkannt wird.

Literaturtipps

Amadeu-Antonio-Stiftung (2020). Wissen, was wirklich gespielt wird. Krise, Corona und Verschwörungserzählungen, Handreichung online unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/wissen-was-wirklich-gespielt-wird-2/>

AK Ruhr (2019): Jenseits des Bermudadreiecks. Verschwörungstheorien als Thema der politischen Jugendbildung, Handreichung online unter http://www.ak-ruhr.org/wp-content/uploads/2020/03/AK_Ruhr_Verschwoerungstheorien-bearbeitet.pdf

Bundesverband Mobile Beratung (2020): Anfeindungen, Verschwörungsmythen und rechtsoffene Versammlungen im Kontext der Corona-Pandemie, Einschätzung und Thesen online unter https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2020/05/2020-05-29_Einschätzung-Corona.pdf

Butter, Michael (2018) „Nichts ist, wie es scheint“: Über Verschwörungstheorien, Suhrkamp.

Mobile Beratung Rheinland-Pfalz (2019): Verschwörungstheorien. Einordnung und Handlungsempfehlungen, Broschüre online unter <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/2020/01/28/neue-broschuere-zu-verschwoerungstheorien-aus-rheinland-pfalz/>

ZEIT Geschichte (2020): Vorsicht, Verschwörung! Hexen, Illuminaten, finstere Eliten: Die Macht konspirativer Mythen - vom Mittelalter bis heute (Heft 3/2020), bestellbar unter <https://shop.zeit.de/sortiment/die-zeit-magazine/zeit-geschichte/4811/zeit-geschichte-3/20-vorsicht-verschwoerung>

Zu „mobim“ und der Reihe „mobim-analysen“

In den mobim-analysen sollen ausgewählte Themen, Begrifflichkeiten und Fragen, die sich aus der Beratungsarbeit von mobim ergeben, genauer dargestellt und analysiert werden. Die Reihe soll vor allem verständliche, kompakte und durch Handlungsempfehlungen erweiterte Informationen für Funktionsträger*innen und Akteur*innen vor Ort zur Verfügung stellen.

Die „Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim) ist ein regionales Beratungsangebot in NRW mit dem Anliegen, eine breite Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Rechtsextremismus in unserer Region und darüber hinaus zu befördern. Vordringlichstes Ziel ist es, rechtsextremen Tendenzen durch eine Stärkung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und Beratung lokaler Akteur*innen entgegenzutreten sowie langfristig und nachhaltig demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken.

Die Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster unterstützt alle, die sich im Münsterland und im nördlichen Ruhrgebiet mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen auseinandersetzen wollen oder müssen. Wir bieten Beratung, Qualifizierung und Begleitung kostenfrei und vertraulich an, um Handlungsunsicherheiten abzubauen und gemeinsam mit den Beratungsnehmenden Lösungsansätze zu entwickeln. Dabei sind wir Teil der [Mobilen Beratung in Nordrhein-Westfalen](#) und des [Bundesverbands Mobile Beratung](#) und arbeiten nach gemeinsam entwickelten Grundsätzen und Qualitätsstandards. Das Beratungsangebot wird gefördert durch das BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch die Landeszentrale für politische Bildung NRW im Rahmen des Projekts „NRWeltoffen“.

Redaktionsschluss: 19.6.2020

mobim

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster.
Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie.
im Geschichtsort Villa ten Hompel

Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster

www.mobim.info
kontakt@mobim.info

0251 – 492 7109